



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen: Stillstand verhindern und die schnellstmögliche Anwendung einleiten“ (Drucksache 20/4015)

### **EU-Mercosur-Abkommen: Für eine geeinte, souveräne und unabhängige EU**

Der Landtag wolle beschließen:

In einer zunehmend fragmentierten Weltordnung steht die EU vor der Herausforderung, ihre wirtschaftliche, politische und strategische Handlungsfähigkeit zu sichern. Globale Lieferketten sind verletzlich geworden, geopolitische Konflikte nehmen zu, und wirtschaftliche Abhängigkeiten werden immer häufiger als politisches Druckmittel eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund ist es von zentraler Bedeutung, dass die EU ihre wirtschaftlichen Beziehungen breiter aufstellt und ihre Abhängigkeit von einzelnen Staaten oder Regionen reduziert. Das EU-Mercosur-Abkommen ist ein wichtiger Baustein auf diesem Weg hin zu mehr europäischer Unabhängigkeit und strategischer Souveränität.

Durch den Ausbau der Partnerschaft mit demokratischen Staaten in Südamerika stärkt Europa den regelbasierten internationalen Handel. Ein solcher Ansatz ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch geopolitisch notwendig, um europäische Souveränität langfristig zu sichern.

Das Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten wurde über 20 Jahre lang verhandelt und dabei kritisch und kontrovers diskutiert; es ist auch heute nicht perfekt, sondern ein klassischer Kompromiss, mit dem aber auch große Fortschritte erzielt wurden.

Das Abkommen schafft erstmals einen verbindlichen Rahmen, um Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards in den Mercosur-Staaten handelspolitisch zu verankern. Gerade hier bietet das Abkommen Ansatzpunkte, die weiterentwickelt und konsequent umgesetzt werden müssen.

Der Landtag bedauert, dass das europäische Parlament eine Resolution verabschiedet hat, die durch die Anrufung des Europäischen Gerichtshofes ein kritisches Signal zu dem Abkommen ausgesandt hat. Das ist in Zeiten, in denen es starke Signale aus Europa geben sollte, keine gute Nachricht.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:

- sich gegenüber der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für eine unverzügliche Prüfung der unionsrechtlichen Möglichkeiten einer vorläufigen Anwendung des Abkommens insbesondere nach Artikel 218 Absatz 5 AEUV einzusetzen und dies aktiv zu unterstützen und
- die Bundesregierung aufzufordern, im Rat der Europäischen Union auf eine schnellstmögliche Vorbereitung und Umsetzung der erforderlichen Schritte hinzuwirken und die Europäische Kommission dabei zu unterstützen, dass – soweit rechtlich möglich – zeitnah ein Beschluss zur vorläufigen Anwendung herbeigeführt wird.

Rasmus Vöge  
und Fraktion

Eka von Kalben  
und Fraktion